

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 129 (1963)
Heft: 7

Buchbesprechung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

T 34 und JS 3 durch T 54 und T 10 ersetzt. T 54 und T 10 werden in Pilsen gebaut. Als neuen Schützenpanzer erwartet man den BTR 50P, der in russischer Lizenz in der Tschechoslowakei gebaut werden soll. Es handelt sich um ein oben offenes, schwimmfähiges Kettenfahrzeug. Ba.

Norwegen

Nach dem am 14. Juni veröffentlichten neuen Verteidigungsplan der norwegischen Regierung für die Periode 1964 bis 1968 werden die Militärausgaben Norwegens im Jahre 1964, verglichen mit dem diesjährigen Budget, nur um 100 Millionen Kronen auf 1 526 Millionen Kronen erhöht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die amerikanische Materialhilfe, die bisher der norwegischen Landesverteidigung pro Finanzjahr jeweils Güter im Wert von etwa 500 Millionen Kronen zuführte, nun allmählich wegfällt. Der verminderte Gesamtaufwand wird für die Flugwaffe besonders fühlbar werden, da Norwegen sich nicht imstande sieht, hochwertige Flugzeuge, wie sie bisher zum Teil von den Amerikanern geliefert wurden, in genügender Anzahl selber zu beschaffen. Man rechnet für die kommende fünfjährige Periode mit der Anschaffung von nur 60 modernen Jagdbombern. Auch bei der Flotte werden Einschränkungen unumgänglich sein, wobei das Neubauprogramm um 6 noch nicht bestellte Einheiten reduziert wird. Gemäß dem neuen Plan wird ferner die Dienstzeit in der Infanterie und Artillerie von bisher 16 auf 12 Monate und in der Flotte und Luftwaffe von 18 auf 16 Monate verkürzt. Z.

Dänemark

Der dänische Verteidigungsminister Gram teilte mit, daß Dänemark zunächst 2 U-Boote des neuen deutschen Typs nachbauen und vielleicht später alle Boote der bisher benützten «Delphin»-Klasse durch den deutschen Typ ablösen werde. Dieser sei besser als die bisherigen Boote. Gram unterstrich die militärische Notwendigkeit gemeinsamer deutsch-dänischer NATO-Übungen auf dänischem Boden, deren Zeitpunkt allerdings noch nicht festgelegt sei. Dem deutsch-dänischen NATO-Kommando über die Ostseezugänge sollen noch in diesem Jahr 2 deutsche Luftwaffengeschwader unterstellt werden, und zwar ein leichtes Kampfbomber- und ein Aufklärungsgeschwader der 7. deutschen Luftverteidigungsdivision. Z.

Österreich

Wehrtechnische Entwicklungen in Österreich

Dem österreichischen Amt für Wehrtechnik obliegt es, von der fachlichen Seite her beizutragen, daß das Bundesheer mit modernsten Waffen und Geräten ausgerüstet wird. Nachstehend werden einige erprobte Geräte und Waffen aufgeführt, die auch uns interessieren können.

Pionierwesen:

1. D-(Dreiecksträger-)Brückengerät. Ein schweres Straßenbrückengerät für alle vorkommenden Lasten bei relativ hohen Stützweiten. Es ist besonders im Gebirge, wenn hohe Ufer, Felsgrund und zu geringe Wassertiefen den Bau mit anderen Brückengeräten unmöglich machen, die einzig brauchbare Brückenform. Das Gerät ist von Hand einsetzbar und ohne Kran verwendbar. Der schwerste Teil wiegt 400 kg.
2. 4-t-Fähre aus Leichtmetall mit beweglichen Laderampen. Durch Kuppelung können Brücken gebildet werden.

3. Panzergrabenbrücke aus Aluminiumteilen.

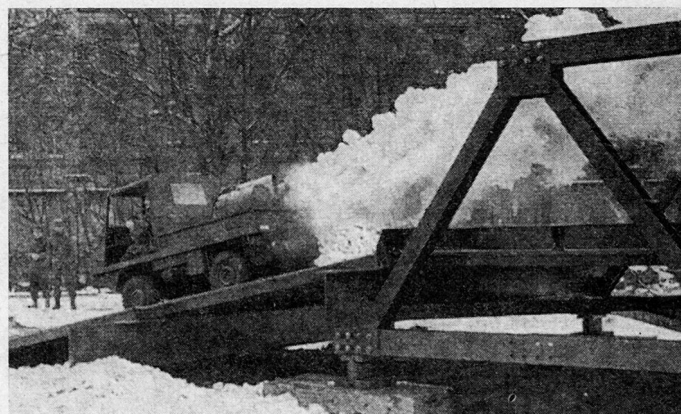
4. Muskeg-Bombardier (siehe Abbildung) mit Erdbohrgerät zum Aushub von Deckungslöchern und (ohne Erdbohrgerät) für Transporte im Gebirge.



5. Flammenwerfer (kleine Ausführung). Eine Konstruktion der chemischen Abteilung, noch im Versuchsstadium. Inhalt ungefähr 10 l, die Reichweite beträgt 40 bis 70 m, Totalgewicht 18 kg.

Fahrzeuge:

1. Puch-Haflinger in verschiedenen Ausführungen, so zum Beispiel als Funkhaflinger für die leichteren Funkgeräte oder mit Großnebelgerät (siehe Abbildung).



2. Schützenpanzer Saurer, geschlossen, mit ABC-Schutz, 12,7-mm-Maschinengewehr.

Infanteriewaffen und Geräte:

1. Nebelgewehrgranaten für Sturmgewehr. Reichweite 130 m, Nebelausstoß während etwa 2 Minuten.
2. Felsporn für 8-cm-Granatwerfer.

PR

LITERATUR

The Red Army of China. Von Edgar O/Ballance. Faber and Faber, London 1962.

Die Eroberung Tibets und die Offensive gegen Indien haben der Welt die aggressive Politik und Strategie des kommunistischen Chinas deutlich vor Augen geführt. Diese Strategie ist nur möglich, weil sich das Regime Pekings auf eine militärische Kraft gewaltigen Umfanges zu stützen vermag. Es hält jedoch schwer, sich ein klares Bild über die Militärmacht des Riesenvolkes von 650 Millionen Menschen zu verschaffen. Edgar O/Ballance liefert nun eine erste systematische und gründliche Abhandlung über die Rote Armee Chinas.

Der Hauptteil des Buches befaßt sich mit den Auseinandersetzungen der kommunistischen Guerillaverbände mit den Kuomintang-Streitkräften Tschiang Kai-scheks in den zwanziger und dreißiger Jahren. Als eigentlicher Gründungstag der Roten Armee Chinas gilt der 1. August 1927. Damals schlossen sich einige gegen Tschiang Kai-schek meuternde

Generäle mit ihren Truppen zu einem kommunistischen Militärverband zusammen. Der Aufbau der Armee erfolgte unter ungeheuren Schwierigkeiten, weil die gesamte westliche Welt auf Seite Tschiang Kai-scheks stand und weil auch die Sowjetunion die Rote Armee nicht unterstützte. Stalin vertrat die Meinung, daß die Kommunisten Chinas vorläufig nicht erfolgreich sein könnten; er wollte es deshalb mit der Kuomintang-Regierung nicht verderben. Der Führer der Kommunisten, Mao Tse-tung, verdankt seine Erfolge tatsächlich den eigenen chinesischen Bemühungen. Diese Tatsache zählt zu den Hauptgründen, warum sich Peking Moskau gegenüber wenig verpflichtet und weitgehend gleichberechtigt fühlt.

Die Rote Armee verdankte ihre Erfolge hauptsächlich der raffinierten Parteipropaganda unter den unzufriedenen Bauern, die in unvorstellbarer Armut lebten. Die Kommunisten zehrten auch von der nationalen Widerstandsbegeisterung, die nach dem Einmarsch der Japaner in die Mandschurei im Jahre 1931 und nach dem japanischen Angriff auf das

eigentliche China ab 1932 die Chinesen erfaßte. Trotz der japanischen Aggression dauerte der Bürgerkrieg zwischen kommunistischen und Kuomintang-Chinesen unverändert an.

Von 1931 bis zum Sommer 1933 warf Tschiang Kai-schek den Kommunisten in vier Feldzügen an die 900 000 Mann entgegen. 1934 versuchte er mit einer Armee von nahezu 1 Million Mann die Kommunisten endgültig zu zerschlagen. Nur rund 90 000 Mann der Roten Armee entgingen der Vernichtung. Sie traten im Oktober 1934 unter der Führung Mao Tse-tungs aus der Provinz Kiangsi im Süden Chinas zum Ausbruch aus der Umzingelung und zum legendären «Langen Marsch» nach Norden an. O/Ballance widmet diesem Marsch, der sich während 368 Tagen durch elf Provinzen über eine Strecke von rund 12 000 km erstreckte, eine verdiente eingehende Darstellung. Auf einen Ruhetag entfielen 170 km Marschleistung bei ungenügender Verpflegung, schlechtesten Witterungsverhältnissen und bei ständigem gegnerischem Druck. Dieser Marsch war eine militärische Glanzleistung. Am Ziel im Norden Chinas trafen im Herbst 1935 noch 20 000 Angehörige der Streitkräfte Maos ein.

Als während des Weltkrieges die Streitkräfte Tschiang Kai-scheks sich gegen die japanischen Aggressoren abmühten, konnte Mao seine Truppen konsolidieren, so daß er bei Waffenniederlegung der Japaner im Spätjahr 1945 über ein weniger angeschlagenes militärisches Potential als sein chinesischer Konkurrent verfügte. Da alle Bemühungen der Amerikaner, den Zwist zwischen Kommunisten und Kuomintang zu schlichten, scheiterten, brach der Kampf unter den Chinesen bald wieder in alter Heftigkeit aus. Tschiang Kai-schek verlor Schlacht über Schlacht und setzte anfangs Dezember 1949 mit den Resten seiner geschlagenen Armee nach Formosa über. Bereits am 1. Oktober 1949 war die kommunistische Chinesische Volksrepublik mit Peking als Hauptstadt und Mao Tse-tung als Staatschef proklamiert worden.

O/Ballance gibt für diese Entwicklung und für deren militärische und politische Auswirkungen aufschlußreiche Begründungen. Er legt sodann dar, wie die Armee nach 1949 in die Partei und die Politik Pekings eingegliedert und auch den wirtschaftlichen Zielsetzungen Maos nutzbar gemacht wurde. 1950/51 wurden stärkere rotchinesische Kräfte – 35 000 Mann – zur Eroberung Tibets eingesetzt. Die Sowjets bemühten sich, die chinesische Armee zu modernisieren. Reichlichem Material folgten mehr als 3000 russische Offiziere und Techniker. Diese sowjetische Militärhilfe ermöglichte weitgehend die chinesische Intervention im Koreakrieg, dem O/Ballance ebenfalls eine übersichtliche Darstellung zuteil werden läßt.

Von aktuellem Wert sind die Angaben über die neuere militärische Situation. Die Angaben basieren auf den Verhältnissen vom Mai 1961. Die Situation hat sich seither nicht entscheidend verändert. O/Ballance berechnet die Gesamtstärke der rotchinesischen Streitkräfte auf 4 bis 4 1/2 Millionen, davon etwa 2 1/2 Millionen Bewaffnete. Die Divisionen, nach dem Dreiersystem gegliedert, zählen zwischen 11 000 und 14 000 Mann. Es bestünden Anzeichen zum Übergang zu kleineren Pentomic-Divisionen (Fünfersystem). O/Ballance hält die Umorganisation aber wenig wahrscheinlich. Die Armee umfaßt nach seiner Meinung nur wenige Spezialdivisionen: 10 Divisionen mit Panzern (teilweise nur wenige Panzer), 5 bis 6 Artilleriedivisionen, 3 Flab- und 3 Luftlandedivisionen. Die Luftwaffe wird auf 4000 Flugzeuge, davon drei Viertel Düsenapparate, alle russischen Ursprungs, geschätzt. An Personal seien 500 000 Mann der Luftwaffe, darunter 10 000 Piloten, vorhanden. Mit russischer Hilfe sei in China eine Flugzeugindustrie im Aufbau. Die Marine war bis vor kurzer Zeit bescheiden bestückt und überwiegend küstengebunden, hat aber durch Lieferung russischer Unterseeboote eine ernst ins Gewicht fallende Verstärkung erfahren. Wenn es auch nur annähernd stimmt, was O/Ballance ausführt, daß nämlich Rotchina im Mai 1961 über 28 U-Boote verfügte und 1963 über 100 U-Boote verfügen könne, würde dies eine für den Westen gefährvolle Umkehrung der maritimen Kräfteverhältnisse im Fernen Osten darstellen. Das Nuklearpotential Chinas ist insofern nicht zu unterschätzen, als seit 1955 dank russischer Hilfe 36 Atomforschungsstationen und seit 1958 der erste Atomreaktor in Betrieb sein sollen. Man rechnet deshalb allgemein damit, daß Rotchina in absehbarer Zeit Mitglied des Atomklubs sein wird. Hinsichtlich der Raketen und Fernlenk Waffen bleibt aber Peking von der Sowjetunion abhängig.

Das riesige Militärpotential Chinas kommt darin zum Ausdruck, daß das 650-Millionen-Volk, das in 20 Jahren 1 Milliarde Menschen zählen dürfte, jährlich an die 50 Millionen Wehrpflichtige einberufen könnte und daß Rotchina eine Reservearmee von 250 Millionen organisiert hat. Die ausgebildeten Reserven belaufen sich allerdings erst auf wenige Millionen. Als Reservisten werden die 18- bis 25-jährigen Frauen und Männer zu zweimonatigen Schulungskursen und später zu täglichem Zweistundendrill in den Volkskommunen einberufen. Die 32- bis

50-jährigen zählt Rotchina zu den ortsgebundenen «Milizverbänden». Sie erhalten eine höchst bescheidene Ausbildung und sind noch bescheidener ausgerüstet. Die wenigsten besitzen Waffen. Ein großer Teil bildet lediglich ein wirtschaftliches Reserveheer, das dort zum Einsatz gelangt, wo die rote Diktatur industriell oder landwirtschaftlich eine Gewaltanstrengung unternehmen will. In einem Krieg aber wird diese Riesen-Reservearmee zu einem fast unerschöpflichen Reservoir an Menschen.

Hinsichtlich der Einsatzdoktrin weist O/Ballance auf den großen, ja beherrschenden Einfluß der Kriegslehren Mao Tse-tungs. Bei diesem einflußreichen Kriegstheoretiker und kampferfahrenen Führer spielt die Guerillaerfahrung und Guerillataktik eine wesentliche, aber keine ausschließliche Rolle. Das militärische Kader der jüngeren chinesischen Generation wird nachhaltig durch die offensive und aggressive sowjetische Doktrin mit Einsatz von Massenheeren beeinflusst. Der Angriff gegen Indien beweist, daß die rotchinesische Armee keineswegs nur den Guerillakampf zur Anwendung bringt, sondern nach Bedarf auch große und schwierige Offensivoperationen wagt. Das Buch von O/Ballance über die Rote Armee Chinas ist deshalb eine notwendige Orientierung und Aufklärung; es läßt erkennen, welche Gefahr dem Weltfrieden aus dem Fernen Osten droht.

U.

Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650 bis 1945. Von Karl Demeter. 2., neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage des 1930 im Verlag Reimar Hobbing, Berlin, erschienenen Werkes «Das deutsche Offizierkorps in seinen historisch-soziologischen Grundlagen». 321 Seiten. Bernard & Graefe, Verlag für Wehrwesen, Frankfurt am Main 1962.

Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps. Anciennität und Beförderung nach Leistung. Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, 4. Band, 342 Seiten und Anlagen. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1962. DM 55.-.

Die Militärgeschichte, wie die Verfassungs-, Verwaltungs- und Kirchengeschichte eine Disziplin der Geschichtswissenschaft, befaßt sich mit der bewaffneten Macht als einer Institution des staatlichen Lebens, die in der ganzen Breite ihrer geschichtlichen Erscheinung erfaßt werden soll. Der Kern des gesamten Forschungsinhalts der Militärhistorie ist der «Soldat» im weitesten Sinne in allen seinen Lebensbereichen.

Ein «Offizierkorps» – worunter nicht einfach die Summe der Offiziere, sondern eine eigenständige, aus sich heraus lebende Korporation zu verstehen ist – kann zum wesentlichen Träger der politischen Kraft des Militärwesens werden. Man dürfe behaupten, schreibt Gerhard Papke in der Einleitung zum vierten Band der «Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte» des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, daß eine Geschichte des Offizierkorps überhaupt als das zentrale Thema der neueren deutschen Militärgeschichte anzusehen sei. Mit den zu besprechenden Arbeiten leisten Demeter und das Militärgeschichtliche Forschungsamt gewichtige Beiträge zu einem solchen Unternehmen. Es sind Teiluntersuchungen, welche die «Grenzen des Umfanges einer derartigen Arbeit abstecken und ihre Problematik im einzelnen darlegen». Demeter schrieb eine Monographie. Es zeugt für den hohen Wert seines Buches, daß es nach 32 Jahren neu herausgegeben werden konnte und dabei nur erweitert zu werden brauchte. Die «Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps» sind «ein Versuch, methodisch in Form der Gruppenarbeit durch mehrere Autoren das gleiche Grundthema – „Anciennität und Beförderung nach Leistung“ – über einen Zeitraum von rund 300 Jahren, von der Entstehung der stehenden Heere bis zum zweiten Weltkrieg, zu behandeln» (Oberst i. GSt. Dr. H. Meier-Welcker, Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, S. 10). Das Thema wird jeweils unter einem besonderen Aspekt, dem geistesgeschichtlichen (Rainer Wohlfeil), dem normativen (Hans Black), dem statistischen (Edgar Graf von Matuschka) und dem politisch-sozialen (Gerhard Papke) dargestellt. Die beigegebenen «Dokumente zur Beförderung» wurden durch Rainer Wohlfeil ausgewählt und ediert und von Joachim Hoffmann einleitend besprochen. Die statistischen Anlagen stammen von Edgar Graf von Matuschka.

Alle Untersuchungen berücksichtigen vornehmlich die brandenburgisch-preußischen Verhältnisse, weil das spätere «deutsche Offizierkorps» wesentlich durch dieses Heer geprägt worden ist. Einzig Hans Black, der sich in verdienstvoller Weise der gewaltigen Arbeit unterzog, die Grundzüge der Beförderungsordnungen in den selbständigen deutschen Armeen in historisch-vergleichender Darlegung herauszustellen, zieht neben den übrigen deutschen Staaten auch Österreich und Frankreich in den Kreis seiner Betrachtungen. Es hatte sich vor allem im ostelbischen Preußen seit der Einordnung der Stände in das absolute Untertanenverhältnis eine wohl einzigartige Form der Verbindung von – mehrteils landsässigem – Adel und Offizier herausgebildet. Demeter

zeigt im Kapitel «Herkunft», daß bereits unter Friedrich I. (1701–1713) der Adel im brandenburgisch-preußischen Offizierkorps das Übergewicht erlangte und daß sich unter Friedrich Wilhelm I. die Entwicklung in der einmal eingeschlagenen Bahn weiter vollzog. «Wenn Friedrich Wilhelm I. die Offiziersstellen mit Adligen besetzte, so war dies nichts Außergewöhnliches. Neu war daran, daß er vornehmlich den einheimischen Adel heranzog und daß er damit dem Junkertum in seiner Gesamtheit, und nicht wie früher nur einzelnen Junkern, den Weg in den königlichen Dienst öffnete» (Papke, S. 181). Im Todesjahre Friedrichs II. bestand das preußische Offizierkorps «mindestens zu neun Zehnteln aus adeligen Namensträgern» (Demeter, S. 4). Während der zwei Jahrzehnte nach Friedrichs Tode blieben die Verhältnisse im wesentlichen unverändert. Erst nach den Katastrophen des Jahres 1806 entbrannte die Auseinandersetzung um die Vorherrschaft des Adels. Das «Reglement über die Besetzung der Stellen der Portepéeführer und über die Wahl zum Offizier bei der Infanterie, Kavallerie und Artillerie» vom 6. August 1808 stellte fest, daß «aller bisher stattgehabte Vorzug des Standes» beim Militär ganz aufhöre und jeder «ohne Rücksicht auf seine Herkunft» gleiche Pflichten und Rechte habe. Die tatsächlichen Verhältnisse zeigen jedoch, daß dem Bürgertum vorerst lediglich ein «fiktiver Anspruch» auf die Offiziersstellen gegeben war (Papke, S. 194). Erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und soziologischen Strukturwandels Deutschlands, trat eine entscheidende Wendung ein. 1860 waren vom gesamten preußischen Offizierkorps noch 65 % adelig und 35 % bürgerlich. Bis 1913 hatte sich dieses Zahlenverhältnis bereits mehr als umgekehrt: es waren nunmehr nur noch 30 % adelig und 70 % bürgerlich (Demeter, S. 26). Ähnliche Verhältnisse bei der sozialen Herkunft der Offiziere finden sich einzig in Sachsen (Demeter, S. 30f.). Wesentlich verschiedene Züge weist die Entwicklung in Bayern auf, wo von Anfang an, seitdem sich genaue Zahlen quellenmäßig feststellen lassen, das Bürgertum das Übergewicht hatte und es stetig weiter ausbaute (Demeter, S. 32ff.). Ähnlich wie in Bayern lagen die Verhältnisse in Württemberg (Demeter, S. 44ff.). Die preußische Form der Verbindung von landsässigem Adel und Offizier konnte sich auch in Österreich nicht durchsetzen, weil – das darf ergänzend beigefügt werden – hier wie auch in Bayern und Württemberg völlig andersartige Verhältnisse die preußisch-ostelbische Lösung zum vorneherein ausschlossen. In einem Aufsatz «Die politisch-militärischen Führungsschichten in Österreich und Preußen während des 19. Jahrhunderts» hat Nikolaus von Preradovich rückblickend gezeigt, daß der autochthone österreichische Adel bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts eine «tragfähige Führungsschicht mit prägender Kraft» war, dann aber – als Vorkämpfer des Neuglaubens – durch die politischen Auswirkungen der Gegenreformation in erster Linie aus dem Militärwesen verdrängt und von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts durch Edelleute aus allen Gebieten Europas abgelöst wurde.

Weil König Friedrich Wilhelm I. den Offizier-«Beruf» dadurch gewissermaßen adelte, daß er die Uniform des Soldaten als den «Rock des Königs» zur Ehrentracht erhob und sich selbst als den ersten Offizier des Heeres ansah, weil die Hohenzollern ihren Offizieren nicht nur Herrscher, sondern auch Standesgenossen waren, König, Adel und Offiziere die gleiche Lebensform verband, gewann das Offiziertum den Charakter eines tatsächlichen Standes – und zwar des ersten Standes im Staate (Wohlfeil, S. 21). Im Wesen dieses vornehmlich aus adeligen Mitgliedern bestehenden Offizierstandes lag es begründet, daß alle Standesmitglieder die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten erhielten durch Anwendung des Prinzips der Anciennität.

Die Anciennität, also «der höher gewertete Anspruch des Älteren vor dem Jüngeren auf ein Recht oder Amt, das nur an einen vergeben werden kann, auf das aber jeder von beiden eine Anwartschaft hat» (Wohlfeil, S. 26f.), wurde in der Praxis zum leitenden Beförderungsprinzip im preußisch-deutschen Offizierkorps und ist es – darf man generalisierend sagen – bis zum Jahre 1942 geblieben. (Dies geht aus den Untersuchungen von Graf von Matuschka deutlich hervor.) Damals wurden bewußt neue Maßstäbe für die Beförderung der Offiziere eingeführt. Fortan sollte allein die «Bewährung» als «krisenfeste Führerpersönlichkeit» den Ausschlag geben (Hoffmann, S. 216, Dokumente, Gruppe 3, S. 276ff.). «Die neue Beförderungspolitik Hitlers, die das alte System nicht aufhob, aber zur Bedeutungslosigkeit verurteilte, ist keineswegs von vornherein als verfehlt oder truppenfremd abzutun. Sie brachte dem tüchtigen und einsatzbereiten Offizier nur Vorteile und ist von der Masse der Offiziere als eine angemessene und gerechte Lösung anerkannt worden... Die Prinzipien schienen aus der Not der Zeit geboren und daher notwendig zu sein... Für die hier zu schildernden Zusammenhänge ist nur ein Punkt wesentlich: Hitler nahm in seinen Beförderungserlassen das Offizierkorps nicht mehr zur Kenntnis!» (Papke, S. 204). Eine neue Epoche der Militärgeschichte war angebrochen.

Die Reformer – unter ihnen Scharnhorst – hatten nach 1806 versucht, die Bewertung des Offiziers nach seinem Charakter und seinem Können, das heißt nach seiner Leistung, einzuführen. Der Leistungsbegriff Scharnhorsts läßt sich in zwei Komponenten zerlegen, in eine wissenschaftliche und in eine militärische. Akademische, das heißt wissenschaftliche Bildung sollte den zukünftigen Offizier prägen. Scharnhorsts Bildungsbegriff umfaßte «eine Geisteshaltung, die auf einem bestimmten Maß angehäuften Sachwissens aufbaute, die auswertendes Beherrschen dieser Kenntnisse und praktisches Können verlangte, die aber auch Gesinnung, Gesittung und Vermehrung wahrer innerer Werte bei Denkfähigkeit in strenger Selbstzucht und Eigenkontrolle in sich einschloß». Neben die Ausbildung des Geistes stellte Scharnhorst gleichrangig die «Erhöhung des Ehrgefühls». Prüfungen sollten das Ehrgefühl wecken, Examina Bildung und «Avancement» verknüpfen. Scharnhorsts Vorstellung von militärischer Leistung barg als wichtigste Forderung in sich, daß der Offizier alle die Anforderungen erfüllen könne, die ihm seine Aufgabe stelle (Wohlfeil, S. 41 ff.). Das Reglement über die Stellenbesetzung vom 6. August 1808 ist Zeugnis für das Wirken der Reformer. Es heißt darin, daß von nun an einen Anspruch auf Besetzung von Offiziersstellen in Friedenszeiten nur «Kenntnisse und Bildung» gewähren sollten, in Kriegszeiten «ausgezeichnete Tapferkeit und Überblick». Die Reformer erzielten aber nur wenige Einbrüche in das bisherige System. Ihr Werk ist in seinem unmittelbaren Ergebnis wie auch in den späteren Nachwirkungen überschätzt worden (Papke, S. 192). Entscheidend für das Scheitern der Reformversuche waren die Voraussetzungen: «Preußen blieb bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein ein absolutistisch regierter Staat. Die stärkste Stütze des Monarchen waren das Heer und der auf den König eingeschworene Offizierstand. Er durfte seine innere Struktur nicht ändern, wenn er seinen Aufgaben gerecht werden sollte» (Wohlfeil, S. 48). Beförderungsprinzip bis zum Ende des ersten Weltkrieges blieb die sogenannte «bedingte Anciennität», die eine gewisse Bildung des Offiziers voraussetzte, sich aber – im Gegensatz zu Scharnhorsts Forderungen – bei der Ausbildung und Beurteilung des Soldaten nur auf die Frage nach spezifisch militärisch-fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten auswirkte. An die Stelle des «tiefinnerlichen Bemühens», «das soldatische Leben bei aller Betonung des Fachlich-Militärischen mit der geistigen Bildung der Zeit eng zu verweben», trat Streben nach engem militärischem Fachwissen (Wohlfeil, S. 50). Der rein fachlich gesehene Leistungsbegriff fand frühestens Anwendung bei der Beförderung zum Stabsoffizier. Vor allem aber diente er als Auswahlkriterium für die bevorzugte Beförderung – die einzig das Prinzip der Anciennität durchbrach –, und in diesem speziellen Fall fand er auch auf den Subalternoffizier Anwendung. Doch waren bevorzugte Beförderungen – wie Black auf S. 120 sehr richtig bemerkt – in Friedenszeiten im preußischen Heere nach den Befreiungskriegen nicht häufig.

Gerade weil die preußisch-deutschen Verhältnisse so völlig andersartig als die schweizerischen waren, ist die Lektüre der Arbeiten von Demeter und des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes dem schweizerischen Leser zu empfehlen. Leider erschien der «Beförderungsband» in so kleiner Auflage, daß der Preis dementsprechend hoch ausgefallen ist.

J. Z.

Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen 1713 bis 1807. Die Anfänge der sozialen Militarisierung der preußisch-deutschen Gesellschaft. Von Otto Büsch. Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Band 7. 203 Seiten. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin 1962.

Die vorliegende Studie, deren Manuskript als Dissertation schon im Jahre 1952 abgeschlossen wurde, «konzentriert sich auf die sozialökonomischen und politischen Zusammenhänge zwischen der Staatsverfassung der altpreußischen absolutistischen Monarchie, ihrem Militärsystem als sozialem System und den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Bevölkerung des Agrarstaates Preußen im 18. Jahrhundert, um so zum besseren Verständnis der sozialen Voraussetzungen für die geschichtliche Rolle des preußischen Staates im Europa des *ancien régime* beizutragen». Die fleißige, weitgehend auf zeitgenössischen Quellen beruhende Arbeit zeichnet das fesselnde Bild der «weitgehend durch das Heerwesen des altpreußischen Staates bestimmten sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die adeligen Vasallen und die ländlichen Untertanen der altpreußischen Monarchie gelebt haben, sowie den Prozeß einer Militarisierung des Soziallebens... die der preußisch-deutschen Gesellschaft einen tiefgreifenden Wesenszug vermittelt hat» (S. XII f.).

Wir sind dem Verfasser für die Verarbeitung einer Fülle sonst schwer greifbaren Materials und die übersichtliche Gliederung des Stoffes zu Dank verpflichtet. Allerdings scheint dem Rezensenten, daß gewisse Dinge nicht ganz richtig gesehen oder mißverständlich dargestellt wur-

den: Die brandenburgisch-preußischen Regimenter rekrutierten sich während des 18. Jahrhunderts zum Teil durch Werbung, zum Teil aus den «Kantons» – so lautete die zeitgenössische Bezeichnung für die Bezirke zur Rekrutierung des Mannschaftersatzes der Regimenter aus dem Lande. Der bäuerliche Kantonist blieb bis zur Erreichung eines waffenuntauglichen Alters Soldat im Heere des Königs, auch wenn er nach seiner Ausbildung für den größten Teil des Jahres zur Arbeit auf seinem heimatlichen Hof beurlaubt wurde. Nun schreibt Büsch weiter: «Der adelige Gutsbesitzer hatte im königlichen Heer als Offizier zu dienen» (so auch S. 1, 16, 72, 162f.) «oder seine in der Armee dienenden Verwandten zu unterhalten» (S. 2). Ferner: «... der adelige Guts- und Grundbesitzer [hatte] einen wesentlichen Teil der finanziellen Last zu tragen, die zur Aufrechterhaltung des Militärsystems von der Seite der Führung her nötig war. Wenn er überdies noch selbst als Offizier im Heere diente, was keineswegs selten der Fall war, so konnte seine damit verbundene häufige Abwesenheit vom Gut insofern sehr kostspielig werden, als er gezwungen war, es durch einen Pächter verwalten zu lassen, falls es ihm nicht gelang, durch mehrfachen längeren Urlaub die Bewirtschaftung nebenher selbst zu ermöglichen» (S. 86). Solche Formulierungen erwecken den Eindruck, in vielen Fällen sei der adelige Gutsherr zugleich Offizier gewesen und es habe auf den adeligen Besitzern von Rittergütern allgemein eine erhebliche finanzielle Belastung geruht. Eine Verschiebung der Akzente scheint angebracht: Tatsächlich wurden durch die besondere Erbfolge des Adels die nachgeborenen Söhne gegenüber ihrem ältesten Bruder beim Erbgang so stark benachteiligt, daß sie sich nach zusätzlichen – standesgemäßen – Einkommensquellen umsehen mußten. In Preußen mit seinem für damalige Verhältnisse großen stehenden Heer fanden die «cadets», also die «Jüngeren», leicht ein Unterkommen beim Militär. Der Gutsherr selbst war normalerweise nicht Offizier. An Steuern hatte der Rittergutsbesitzer und adelige Vasall in erster Linie das «Lehensritterpferdegeld» zu entrichten. Von der Kontribution war der Adel in den meisten Provinzen befreit. Dagegen hatte der Gutsherr für die sich in seinem Besitz befindlichen kontribuablen Bauernhufen¹ Steuern zu bezahlen (S. 84f.). Wenn der Gutsherr seinen im Heere dienenden Anverwandten finanzielle Beihilfe leistete, so ist es zumindest fraglich, ob dies tatsächlich «indirekt und gewissermaßen gewohnheitsrechtlich die schwerste finanzielle Heranziehung des Adels zur Fundierung des Militärsystems» bedeutete. Es gab Angehörige anderer Berufe, die während ihrer Ausbildung und in der ersten Zeit ihrer beruflichen Tätigkeit ebenfalls auf Unterstützung seitens ihrer Eltern oder Verwandten angewiesen waren.

J. Z.

¹ Hufe: Bäuerliche Siedlerstelle, die sich aus der Hofstatt mit dem dazugehörigen Ackerland sowie Nutzungsrechten an der Allmende zusammensetzte.

Preußische Reformzeit und revolutionärer Krieg. Von Werner Hahlweg. 91 Seiten. Beiheft 18 der Wehrwissenschaftlichen Rundschau. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Frankfurt am Main. September 1962.

Die rund 50 Seiten umfassende Studie, welche durch den Abdruck verschiedener Quellen ergänzt wird, wendet sich nicht bloß an den Militärhistoriker, sondern an alle jene Offiziere, die sich für Kriegsgeschichte interessieren. Der Verfasser, Dr. phil. Werner Hahlweg, Professor an der Universität Münster/Westfalen, bietet uns zunächst eine kritische Untersuchung des Verhältnisses der preußischen Reformer (vor allem von Scharnhorst, Clausewitz, Gneisenau und dem Freiherrn vom Stein) zum Problem des Kleinkrieges. Abschließend schlägt er die Brücke zur heutigen Theorie des revolutionären Krieges, löst das Problem von den Fesseln historischer Umstände und erhebt es zu brennender Aktualität. Die preußischen Reformer sahen im allgemeinen Volkskrieg die einzige Möglichkeit, das Joch der napoleonischen Fremdherrschaft abzuschütteln. Den zündenden Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wollten sie die Idee der nationalen Unabhängigkeit entgegensetzen. Volkskrieg bedeutete für sie allerdings nicht abenteuerliches Freischarentum, sondern Anwendung einer besondern Fechtweise, die den gegebenen Machtverhältnissen entsprach. So empfahl beispielsweise Gneisenau den «Leichten Truppen», sich in keine entscheidenden Treffen einzulassen, ohne des Erfolges sicher zu sein. Er rät ihnen, den Feind tagsüber durch zerstreute Gefechte zu beschäftigen, um nachts über ihn herzufallen, wenn er sich ermüdet der Ruhe überlassen wolle. Im Gegensatz zum präzisen Mechanismus der lineartaktischen Massenschlachtordnung verlangte die Führung des Kleinkrieges den selbständigen, anpassungsfähigen, hochqualifizierten Einzelkämpfer, der von der Gerechtigkeit seiner Sache tief erfüllt war. Damit vollzog sich auch auf militärischem Gebiet die Befreiung vom geistigen Joch des Absolutismus. S.

Übungen. Von Hans-Gotthard Peska. 240 Seiten. Verlagsgesellschaft Wehr und Wissen, Darmstadt 1963.

Das Anlegen und Leiten von Übungen im Gelände ist das Hauptthema dieses Lehrbuches. Es wird in allen Einzelheiten von der Grundlage bis zur Schlußbesprechung im Rahmen des verstärkten Bataillons behandelt. Anleitungen und Hinweise auch für Übungen im kleineren oder größeren Rahmen werden gegeben. Die Übungsanlagen basieren auf einer großen Praxis und berücksichtigen die denkbaren Erscheinungsformen eines Zukunftskrieges. Übersichtliche Gliederung, saubere und originelle Darstellung stempeln dieses Werk zu einem modernen Lehrbuch. Sein etwas großer Umfang, nahezu 300 Seiten, mag etwas abschreckend wirken; immerhin ist zu berücksichtigen, daß Truppenübungen (als Lehr- und freie Übung), Rahmenübungen und Führungsübungen gesondert behandelt werden, wobei die Gefechtsübung im scharfen Schuß, die bei uns zu Recht einen breiten Raum einnimmt, nicht behandelt wird. Der größte Teil des Buches jedoch ist der detaillierten und gründlichen Bearbeitung der Truppenübung eines Pz.Gren. Bat. gegen ein Pz.Aufkl.Bat. gewidmet. Wir verfolgen die Übung vom ersten Schritt der Vorbereitung an, wobei theoretische Hinweise mit den entsprechenden tatsächlichen Übungsanlagen, Befehlen, «Spiel» usw. abwechseln.

Wem ist nun dieses sicher wertvolle Lehrbuch zu empfehlen? Ich glaube, daß Kdt. von Truppenkörpern mit Panzern oder mechanisierten Mitteln und deren Vorgesetzte Nutzen aus dem dargelegten Beispiel ziehen können. Da Übungen auf Gegenseitigkeit mit geländegängigen Kampf- und Trsp.Mitteln sich in Friedenszeiten nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen durchführen lassen, mag die dargelegte Art der Übungsanlage wertvoll sein. Für die übrigen Waffen dürfte die Vorbereitung und die Durchführung einer Übung auf einen einfacheren Nenner gebracht werden. Hingegen kann sich der erfahrene Übungsleiter einige Feinheiten der Übungsanlagen aneignen und jeder Offizier seine Vorstellung vom Einsatz mechanisierter Kampfmittel auf mittlerer Stufe bereichern.

Si.

ZEITSCHRIFTEN

Die Beanspruchung von Bauwerken durch nukleare Waffen

Im Januarheft der «Technischen Mitteilungen für Sappeure, Pontoniere und Mineure» beendet Hptm. E. Basler, Kdt. Sap.Kp. III/24, seine wissenschaftlich gut fundierte Studie über die Beanspruchung von Bauwerken durch nukleare Waffen mit Schlußfolgerungen technischer Natur, einer Beurteilung der Feldbefestigung in bezug auf konventionelle und insbesondere auf Atomwaffenwirkung und einem Kapitel über die Rentabilität von Feldbefestigungen. Die gesamte Arbeit kann als Separatdruck bei der Geschäftsstelle der Gesellschaft für militärische Bautechnik, Postfach Hauptbahnhof, Zürich 23, bezogen werden.

Ch.

Vierteljahrsschrift für Schweizerische Sanitätsoffiziere.

Heft 3/1962 bringt vor allem einen Artikel von Hptm. H. W. Stuber über den «Einsatz der sanitätsdienstlichen Mittel im Aufklärungsbataillon». Obschon er sich in erster Linie an die betreffenden Sanitätsdienstchefs wendet, dürfte er für alle Offiziere, speziell jedoch die Übermittlungs- und Nachrichtenoffiziere, welche mit beziehungsweise in dieser neuen Formation der mechanisierten und Felddivisionen Dienst leisten, aktuell und lesenswert sein.

In Heft 4/1962 findet sich als Wesentlichstes der Abdruck eines Artikels von Hptm. R. Dolder über den «Gaskrieg in neuer Sicht», welcher ursprünglich in Heft 12/1961 der ASMZ erschienen ist.

Hptm. A. Wacek

Adresse für Abonnements- und Inseratbestellungen,
Grad- und Adressänderungen:

Huber & Co. AG., Abteilung ASMZ, Frauenfeld, Telefon (054) 73737
Postcheckkonto VIII c 10

Bezugspreise: Jahresabonnement Fr. 15.-, Ausland Fr. 18.-
Einzelnnummer Fr. 1.50 + Porto